

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaftsförderung und Beschäftigung am 22.06.2010**

öffentlich

Ort: Dorint Charlottenhof Halle (Saale)
Veranstaltungsraum "Moritzburg",
Dorotheenstraße 12,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:05 Uhr bis 19:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Scholtyssek (stellv. Ausschussvorsitzender / CDU) eröffnet die Sitzung.
Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Scholtyssek teilt mit, dass TOP 7.2. „Antrag der FDP-Stadtratsfraktion auf Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Volksfeste, Spezial- und Jahrmärkte sowie ähnliche Veranstaltungen“ vor Beginn der Sitzung, durch den Geschäftsführer der Fraktion, Herrn Thämelt, zurückgezogen wurde. Somit soll dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Des Weiteren sollen TOP 4. „Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 27.04.2010“ und TOP 5. „Halle als Tourismus- und Kongressstandort“ getauscht werden.

Damit wird folgende, geänderte Tagesordnung für den öffentlichen Teil einstimmig festgelegt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Vorstellung des Dorint Hotels Charlottenhof Halle durch den Direktor Herrn Dr. Thieme
4. Halle als Tourismus- und Kongressstandort
5. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 27.04.2010
6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Feststellung Jahresabschluss 2009 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: V/2010/08887
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der CDU-Fraktion zur möglichen Einführung einer Umweltzone
Vorlage: V/2010/08612
- 7.2. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion auf Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Volksfeste, Spezial- und Jahrmärkte sowie ähnliche Veranstaltungen
Vorlage: V/2010/08727
- 7.3. Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Aufhebung der Gebührenerhebung für gemeinnützige Vereine in der Marktgebührensatzung
Vorlage: V/2010/08883

- 7.4. Antrag SPD-Stadtratsfraktion zu einem Handy-Stadtführer in Halle
Vorlage: V/2010/08790
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen
- 9.1. Vorstellung des Projektes "Integration durch Arbeit"
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

zu 3 Vorstellung des Dorint Hotels Charlottenhof Halle durch den Direktor Herrn Dr. Thieme

Da der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung im Dorint Hotel Charlottenhof Halle tagt, stellt **Herr Dr. Thieme** (Direktor des Hotels) zunächst das Hotel vor. Dazu wird ein Film abgespielt.

zu 4 Halle als Tourismus- und Kongressstandort

Zunächst erhält **Herr Dr. Thieme** das Wort zum Thema, bevor **Herr Voß** (Stadtmarketing) danach die Benchmarkanalyse vorstellen wird.

Ausführungen von **Herrn Dr. Thieme** zur Thematik:

Vorab muss man wissen, dass die Betreiber von Hotels in der Regel nicht die Eigentümer der Hotels sind. Für die Eigentümer bedeutet ein Hotel jedoch in den meisten Fällen eine hohe Kostenintensität (ähnlich wie bei Krankenhäusern), die nur durch die Auslastung gedeckt werden kann.

Dabei stehen das Auslastungsziel sowie die Zimmerrate in einem Zusammenhang, denn diese beiden Eckpfeiler müssen funktionieren.

Der Vorteil des Dorint Hotels in der Hotelkette ist die Identität von Eigentümer und Betreiber. Somit herrscht hier ein geringerer Kostendruck, als z. B. bei offenen Immobilienfonds.

Bei den offenen Immobilienfonds steht die Rendite im Vordergrund, daher herrscht hier ein wesentlich höherer Kostendruck, dies hat meist zur Folge, dass nicht profitable Standorte einfach geschlossen werden.

Das Dorint Hotel Halle hat damit auch den Vorteil, dass es mit dem Eigentümer eine geringere Miete/Pacht aushandeln konnte, was ein Shareholder-Value-maximierender Fonds wohl kaum getan hätte.

Des Weiteren verweist **Herr Dr. Thieme** auf die insgesamt schlechten Rahmendaten der Hotelbranche in der Stadt Halle. So befinden sich einige Hotels seit Jahren in der Zwangsverwaltung, wenn die Holding nicht hinter dem Dorint Hotel stehen würde, dann wäre sicherlich auch er mit seinem Haus in den roten Zahlen.

Zur Unterstützung dieser Aussage werden Zahlen genannt, die bei **Herrn Dr. Thieme** gern noch einmal erfragt werden können.

Sie dienen als Vergleich mit der gesamten Dorint-Gruppe.

Dies soll vorab erst einmal dem Verständnis des Standortes Halle dienen.

Was explizit die Errichtung eines Kongresshotels an der Spitze betrifft, so vertritt **Herr Dr. Thieme** den Standpunkt, dass dies nicht, auf Grund der geringen Auslastungszahlen in den bereits bestehenden Hotels, sinnvoll wäre. Jedoch werden auf der anderen Seite schon Tagungsräume benötigt, dies müsse jedoch nicht gleich durch den Bau eines ganzen Hotels verwirklicht werden.

Der „Schatz“, um die Auslastungszahlen in der Hotelbranche Halle steigen zu lassen, liegt im Prinzip schon direkt vor den Beteiligten. Dieser heißt „Kulturtourismus“. Je mehr die Stadt auf Grund ihrer kulturellen Höhepunkte bekannt wird, desto mehr Touristen kämen in die Stadt. Somit würden die Hotels auch eine höhere Auslastungsrate vorweisen können.

Die Entwicklung im Bereich der Großkongresse ist eher rückläufig. So finden im Jahr ca. 3 bis 4 Großkongresse in Halle Stadt, zu dieser Zeit ist sicherlich eine sehr große Auslastung der Hotels gegeben, aber danach sinken die Zahlen wieder.

Um das Problem des Bauchloches an der Spitze zumindest vorübergehend zu lösen, könnte sich **Herr Dr. Thieme** ein Amphitheater vorstellen, in diesem könnten dann alle kulturellen Open-Air-Veranstaltungen stattfinden. Sollte sich dann irgendwann ein Investor für die Spitze finden, könne man hier dann immer noch anders agieren.

Ausführungen von **Herrn Neumann** (Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit) zur Erstellung der Studie:

Herr Neumann stellt noch einmal dar, warum die Studie in Auftrag gegeben wurde:

Die Studie wurde in Auftrag gegeben, um Zahlen und Fakten zusammenzutragen, die die Abwanderung von Tagungen und Kongressen aus Halle erklären können. Außerdem ist dieses Zahlenmaterial für Investoren interessant, die sich für die Spitze interessieren sollten. Die Studie wurde vor dem Hintergrund der Abwanderung des Kempinski-Hotels angefertigt.

Ausführungen zur Standort- und Benchmark-Analyse für die Kongress-Destination Halle (Saale) durch **Herrn Voß**:

Vorab der Erklärungen zur Analyse teilt **Herr Voß** mit, dass die Langfassung gern an die Räte via E-Mail verteilt werden kann. Dazu wird die Präsentation an die Protokollführerin **Frau Panier** übermittelt.

In 9 von 10 Punkten geht **Herr Voß** mit den Ausführungen von **Herrn Dr. Thieme** konform.

Nur in einem Punkt stimmt er nicht der Meinung von **Herrn Dr. Thieme** zu.

In Halle gibt es bisher keine Kongresshalle, sondern lediglich die Konzerthalle, die ab und zu für Tagungen genutzt wird, aber eine Kongresshalle nicht ersetzen kann.

Danach wird ein Fall in der Stadt Halle geschildert, der darauf schließen lässt, dass ein solches Tagungshotel erforderlich wäre:

So erhielt die Firma KSB (Sitz in Halle) eine Auszeichnung. Die Früchte dieser Auszeichnung des Unternehmens trug jedoch die Stadt Merseburg davon, weil KSB zu diesem Anlass eine Tagung ausrichten wollte und in Halle die Tagung selbst und die Unterbringung der Tagungsgäste, auf Grund mangelnder Kapazitäten nicht möglich war. So entschied sich KSB zur Durchführung in Merseburg, da hier die Kapazitäten ausreichten.

Im Anschluss an dieses anschauliche Beispiel stellte **Herr Voß** die genannte Analyse, im Rahmen einer Präsentation, dem Ausschuss vor.

Im Anschluss an die Präsentation gab es eine Anfrage durch **Frau Hintz** (SPD):

In der Präsentation wurde eine Folie mit dem Vergleich der Ankunfts- und Übernachtungszahlen gezeigt. Was differenziert die Zahlen von einander?

Antwort von **Herrn Voß**:

Die Ankunfts zahlen sollen die vorhandenen Gäste in den Hotels darstellen, während die Übernachtungszahlen die Anzahl der Übernachtungen darstellen, die diese Gäste in den Hotels verbracht haben.

Wortmeldung von **Herrn Heft** (Die Linke.):

Er ist über den Vortrag entsetzt, denn **Herr Dr. Thieme** hat es in seinen Ausführungen auf dem Punkt gebracht, der Schlüssel für eine höhere Auslastung liegt in der Kultur.

Der Vergleich mit den in der Präsentation genannten Städten (bis auf Magdeburg) ist größtenteils unwahrscheinlich, denn Halle ist einfach keine Kongressstadt und muss sich dafür auch nicht, wie die anderen Städte, „prostituieren“.

Dann passiert nämlich das Gleiche wie damals bei der BMW-Ansiedlung, wo 3 Städte in Konkurrenz zu einander darum buhlten. Zwei Städte davon waren sogar aus dem eigenen Bundesland und lieferten sich gegenseitig einen „Konkurrenzkampf“.

Antwort von **Herrn Voß** zu dieser Wortmeldung:

Es ist durchaus üblich mittelgroße Städte, wie die genannten, miteinander zu vergleichen. Zudem gibt er nur wieder, was die Studie aussagt.

Wortmeldung von **Frau Hintz**:

Der Stadtrat trifft doch ohnehin nicht Entscheidung über den Bau eines solchen Objektes, daher sollte man lieber darüber nachdenken, ob es überhaupt Interessenten für den Standort gibt oder ob seitens der Stadt ein „Klinkenputzen“ bei den Unternehmen erfolgen muss.

Die Ausführungen von **Dr. Thieme** haben ja eindeutig gezeigt, wie schwierig es werden wird, ein solches Kongresshotel am Standort unterzubringen.

Wortmeldung von **Herrn Dr. Thieme**:

Er betont noch einmal, dass er der Problematik nicht gänzlich diametral gegenübersteht. Er hat den Sachverhalt lediglich von einer anderen Seite dargestellt. Gänzlich gilt zu sagen, dass die Hotelstruktur in Halle insgesamt „verzettelt“ ist.

Hinweise von **Herrn Neumann** zur Wortmeldung von **Frau Hintz**:

Momentan wird nur in Städten mit über 500.000 Einwohnern neu investiert, d. h. im Jahr 2010 ist es relativ unwahrscheinlich, dass ein Investor neu investieren möchte. Dies muss ja nicht aber für alle Zeiten gelten.

Wortmeldung von **Herrn Voß**:

Anders, als wahrscheinlich alle am Tisch denken, soll das Hotel nicht durch die Stadt Halle gebaut werden. Die Studie soll für potenzielle Investoren verwendet werden, damit diese darin bestärkt werden, doch in den Standort Halle zu investieren.

Auch eine Nutzungsmischung mit Shoppingmöglichkeiten und Büroflächen wäre für die Zukunft denkbar.

Wortmeldung von **Herrn Bauersfeld** (CDU):

Man sollte sich bewusst machen, dass das Grundstück „Spitze“ der Firma Papenburg gehört und die Händelhalle nur gepachtet ist, somit stehen sowohl das Grundstück als auch die Halle nicht uneingeschränkt zur Verfügung.

Außerdem ist wohl bei den genannten Zahlen von **Herrn Dr. Thieme** nicht an Investoren zu denken, dafür sind die wirtschaftlichen Zahlen viel zu schlecht.

Dies wäre erst denkbar, wenn die Übernachtungs- und wirtschaftlichen Zahlen anziehen würden. Dabei sollte man sich Gedanken machen, was die Stadt tun kann, um die Übernachtungszahlen zu steigern (hier nur einmal die Erinnerung an seinen Antrag zur „Präsenz am Flughafen“).

Mitteilung von **Herrn Sieber** (Die Linke.):

Er betont zunächst, dass er die Arbeit vom Stadtmarketing sehr schätzt, jedoch glaubt er, dass sich **Herr Voß** hier etwas verrannt hat.

Der Städtevergleich innerhalb der Analyse ist schlecht und verursacht dadurch schon mal einen systematischen Fehler. Des Weiteren sollte man, auch mit diesem systematischen Fehler, durchaus mit den Auslastungszahlen in Halle zufrieden sein, denn diese betragen im Klassenvergleich nicht mal 10% weniger.

Er glaubt sogar, dass sich Halle unbedingt bemühen muss, kein solches Hotel zum jetzigen Zeitpunkt zubekommen. Vielmehr sollte eine Bebauungslösung gefunden werden, die später wieder „abgerissen“ werden kann, wenn es einen Investor für dieses Hotel gibt. Solange sollte dort etwas entstehen, was nicht unbedingt für die Ewigkeit gedacht ist.

Denn zum jetzigen Zeitpunkt würde dieses Hotel zwar vielleicht zu einem Kongress ausgelastet sein, jedoch würde es danach genau wie die anderen Häuser, vor allem am Wochenende wieder leer stehen, da die Kongresse meist in der Woche stattfinden.

Antwort von **Herrn Voß**:

Kongresse beginnen nicht immer in der Woche und enden dann auch nicht immer vor dem Wochenende, viele Kongresse beginnen auch Donnerstag und gehen dann über das Wochenende oder sie fangen erst am Wochenende an.

Anfrage von **Herrn Ploß** (sachkundiger Einwohner):

Wenn man nun einmal an Tagungen im Bereich der Ärzte, Apotheken und Industrie denkt, dann fällt auf, dass diese meist in Weimar oder anderen Städten stattfinden.

Was wäre, wenn die Stadt ein solches Hotel hätte, würden wir dann evtl. auch mehr Übernachtungen in der Stadt verzeichnen können?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Diese Frage kann wohl niemand wirklich beantworten, denn da stellt sich zunächst die Frage, „Was war zuerst da, das Huhn oder das Ei?“.

Niemand kann sagen, ob es mehr Übernachtungen in der Stadt gäbe, wenn dieses Hotel stehen würde.

zu 5 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 27.04.2010

Auf Anfrage von **Herrn Scholtyssek**, ob es Ergänzungs- oder Änderungswünsche zur Niederschrift der letzten Sitzung gibt, meldet sich **Herr Sieber** (Die Linke.).

Anmerkungen und Anfragen von **Herrn Sieber**:

Es gibt mehrere Anfragen die den Anhang der Niederschrift, nämlich die Beantwortung der mündlichen Anfrage von **Herrn Sieber**, in der Sitzung vom 23.03.2010 zum Unterabschnitt 8400 des Haushaltes.

Die erste Frage lautet:

Wie kommt die Differenz zwischen der im Beschluss aufgeführten Summe von 76,1 Mio. Euro und der Summe in der schriftlichen Antwort von 76,8 Mio. Euro zustande?

Zweite Frage:

Sind die in der Antwort angegebenen 24,7 Mio. Euro wirklich korrekt?

Dritte Frage:

Laut Antwort der Verwaltung müsste ein Preis von 13,63 Euro/m² erzielt werden. In welchem Zusammenhang steht diese Angabe?

Geschäftsordnungsantrag von **Frau Wolff** (Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM):

Frau Wolff fordert den Abbruch der Debatte zu den Fragen von **Herrn Sieber** und bittet um Verlegung zu TOP 10. „Beantwortung von mündlichen Anfragen“, da diese Fragen nichts mit der Niederschrift an sich zu tun haben.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

2 Stimmenthaltungen

- einstimmig zugestimmt -

Damit wurde dem Geschäftsordnungsantrag zugestimmt.

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 27.04.2010 wird nun einstimmig genehmigt.

zu 6 **Beschlussvorlagen**

zu 6.1 **Feststellung Jahresabschluss 2009 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH** **Vorlage: V/2010/08887**

Erläuterungen zur Vorlage durch **Herrn Neumann**:

Er teilt mit, dass dem Jahresabschluss des Stadtmarketings so in der Gesellschafterversammlung bereits, ohne Gegenstimmen, zugestimmt wurde.

Anfragen von **Frau Wolff**:

Sie stellt die Anfragen im Auftrag der Fraktion:

1. Warum wird dem Ausschuss nicht der gesamte Jahresabschluss zur Verfügung gestellt?
2. Was verbirgt sich hinter „Stadtgespräche“?
3. Wie kommt es zur überplanmäßigen Aufwendung für Personal?

Wortmeldung von **Herrn Neumann**:

Auf Grund des Hinweises von **Frau Wolff**, warum der gesamte Jahresabschluss nicht vorliegt, zieht er die Vorlage zurück, da diese offenbar unvollständig verteilt wurde.

Wortmeldung von **Herrn Heft**:

Ein Zurückziehen der Vorlage ist nicht möglich, da dies bereits bei der Abstimmung der Tagesordnung hätte erfolgen müssen. Außerdem wurden bereits Anfragen zu dieser Vorlage gestellt.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Auf Grund des komplett fehlenden Jahresberichts möchte er die Vorlage trotzdem zurückziehen und in der Augustsitzung behandeln.

Wortmeldung von **Herrn Heft** (mit ausdrücklichem Wunsch, diese im Protokoll festzuhalten):
Es kommt in letzter Zeit häufiger vor, dass die Verwaltung in den verschiedensten Gremiensitzungen Vorlagen zurückzieht. Daher wird ausdrücklich um Prüfung auf die Rechtmäßigkeit des Vorgehens gebeten.

Antwort von **Herrn Scholtyssek**:

Die Verwaltung erhält den Auftrag die Rechtmäßigkeit dieses Vorgehen zu prüfen.

Wortmeldung von **Herrn Heft**:

Er fordert ausdrücklich die Prüfung der Rechtmäßigkeit durch eine andere Organisation, da die Verwaltung von der Prüfung selbst betroffen ist und daher nicht selbst prüfen kann.

Wortmeldung von **Herrn Neumann**:

Für solche Prüfungen ist das Rechtsamt zuständig, daher wird hier natürlich nicht die vorlageneinbringende Struktureinheit selbst tätig.

Antwort von **Herrn Heft**:

Er bittet um die Prüfung der Rechtmäßigkeit zum Verfahren des Vorlagenzurückziehens durch das Rechtsamt.

Antwort von **Herrn Scholtyssek**:

Für das Protokoll wird festgehalten: Das Rechtsamt der Stadt Halle wird gebeten zu prüfen, ob es von der Verwaltung rechtmäßig ist, wenn diese ihre eingebrachten Vorlagen im Rahmen der Gremiensitzungen wieder zurückzieht.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 03.05.2010:

1. Die Gesellschafter beschließen die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2009 mit einer
Bilanzsumme von 274.260,95 Euro und einem
Jahresfehlbetrag von 34.804,45 Euro.
2. Die Gesellschafter beschließen, den Jahresfehlbetrag in Höhe von Euro 34.804,45 mit dem bestehenden Gewinnvortrag von Euro 116.370,93 zu verrechnen und den Betrag von Euro 81.566,48 auf neue Rechnung vorzutragen.
3. Die Gesellschafter beschließen die Entlastung des Geschäftsführers (Herrn Stefan Voß) für das Geschäftsjahr vom 01.01.2009 bis 31.12.2009.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wurde durch Herrn Beigeordneten Neumann zurückgestellt, da diese dem Ausschuss unvollständig vorliegt.
Sie wird nach der Sommerpause noch einmal erneut in den Gremienlauf gegeben.

zu 7 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 7.1 **Antrag der CDU-Fraktion zur möglichen Einführung einer Umweltzone** **Vorlage: V/2010/08612**

Wortmeldung von **Herrn Heft** zum Antrag:

Der Antrag wird mit der Richtlinie 2008/50/EG über Luftqualität und saubere Luft für Europa begründet. Das Hauptziel dieser Richtlinie ist die Gesundheit der Menschen zu erhalten bzw. zu verbessern. Warum soll dann nicht die Umweltzone für Halle eingeführt werden?

Antwort von **Herrn Scholtyssek**:

Der gestellte Antrag richtet sich ja nicht gegen die Gesundheit der Menschen, jedoch würde die Einführung der Umweltzone eine erhebliche Behinderung, gerade für die Wirtschaft bedeuten. Daher soll zunächst geprüft werden, ob nicht andere Maßnahmen als die Umweltzone bevorzugt werden können.

Antwort von **Herrn Heft**:

Die Stadt Berlin verfügt nun schon im dritten Jahr über eine eingerichtete Umweltzone. Jedoch ist die Stadt damit für Autofahrer und die Wirtschaft nicht „abgesperrt“. Berlin weist damit auch nicht weniger Verkehr auf als sonst, er verteilt sich nur anders. Diese Art der Argumentation ist also für den Antrag nicht stichhaltig genug. Die Erhebung von z. B. Fahrverboten wäre wesentlich schädlicher.

Hinweis von **Frau Haupt** (SPD):

Die angehangene Antwort der Stadtverwaltung zum Antrag ist nicht mehr aktuell.

Antwort von **Herrn Scholtyssek**:

Er bittet **Frau Ruhl-Herpertz** (Umweltamt) um eine Antwort zur aktuellen Entwicklung.

Ausführungen von **Frau Ruhl-Herpertz**:

Es wird berichtet, dass die Oberbürgermeisterin in einem Gespräch mit dem Minister noch einmal deutlich gemacht hat, dass die Einführung der Umweltzone so für die Stadt nicht umgesetzt werden kann. Das Landesumweltamt wird diesbezüglich auch noch einmal überprüfen, was der Ausbau der A143 dabei für die Stadt Halle bewirken könnte. Momentan wird seitens der Stadt geprüft, welche Fahrzeugflotten der Unternehmen erneuert werden können. Dazu erfolgt eine Zusammenarbeit mit den zuständigen Kammern. Des Weiteren wurde seitens der Stadt ein Aktionsplan zum Thema Durchlüftung erstellt und geprüft. Dabei hatte man über einen Häuserabriss an der Paracelsusstraße, für eine bessere Durchlüftung an der Messstation Paracelsusstraße, gedacht. Jedoch ist man davon wieder abgekommen, weil die Werte an der Messstation in der Schleiermacherstraße dadurch sonst beeinträchtigt werden könnten.

Bis zum August dieses Jahres soll die Oberbürgermeisterin mit einem zum Thema aussagefähigem Papier ausgestattet werden. Die Prüfungen sind jedoch noch nicht vollständig abgeschlossen.

Wortmeldung von **Herrn Neumann**:

Die Verwaltung kann mit der Intension des Antrages sehr gut leben.

Wortmeldung von **Herrn Sieber**:

Durch **Frau Ruhl-Herpertz** wurde ausgesagt, dass die Werte der Messstelle in der Schleiermacherstraße in Ordnung sind. Er ist entsetzt darüber, dass man in Bezug auf einen Häuserabriss nur auf Grund der Messstelle in der Schleiermacherstraße davon abgekommen ist und nicht, weil man dabei die dort lebenden Menschen berücksichtigt. Dennoch sieht auch er die Einführung der Umweltzone als Problem an. Jedoch stellt der Beschluss des gestellten Antrages nach seiner Meinung „Augenwischerei“ dar, da man eigentlich nicht beschließen sollte, dass die Umweltzone nicht kommen soll, sondern vielmehr beschließen sollte, welche anderen Maßnahmen getroffen werden, um dies zu verhindern.

Antwort von **Frau Ruhl-Herpertz**:

Natürlich wollte sie mit ihrer Darstellung eigentlich vermitteln, dass es bei der Entscheidung gegen einen Häuserabriss natürlich um die Anwohner in den angrenzenden Straßen ging und nicht um die Messwerte in der Schleiermacherstraße. Das kam offenbar nicht so deutlich rüber, wie sie es meinte.

Antwort von **Herrn Scholtyssek** zum Schlusssatz von **Herrn Sieber**:

Wenn etwas anderes beschlossen werden soll, dann wäre ein Änderungsantrag notwendig.

Anfrage von **Herrn Heft** an **Frau Ruhl-Herpertz**:

Seit Anbeginn der Thematik wird sich auf die Stickoxide konzentriert. Jedoch müssen aber auch die Werte für den Feinstaub eingehalten werden, warum wird darauf nicht eingegangen?

Antwort von **Frau Ruhl-Herpertz**:

Die Werte des Feinstaubes sind für eine Fristverlängerung für die Einführung der Umweltzone nicht relevant.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung in den Verhandlungen zur möglichen Einführung einer Umweltzone mit dem Landesamt für Umweltschutz und dem Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt auf die Beantragung einer Fristverlängerung um 5 Jahre gemäß Artikel 22 der Richtlinie 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 über Luftqualität und saubere Luft für Europa hinzuwirken. Weiter sind in der notwendigen Überarbeitung des Luftqualitätsplanes (Luftaktionsplans) andere Maßnahmen als die ultima ratio Umweltzone zu bevorzugen.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
1 Stimmenthaltung

- mehrheitlich zugestimmt -

zu 7.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion auf Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Volksfeste, Spezial- und Jahrmärkte sowie ähnliche Veranstaltungen
Vorlage: V/2010/08727

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

In der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Volksfeste, Spezial- und Jahrmärkte sowie ähnliche Veranstaltungen wird nach § 6 Absatz 3 ein neuer Absatz 4 (neu) wie folgt eingefügt:

(4) Bei der Vergabe der Plätze für den Weihnachtsmarkt in Halle werden in der Kategorie Glühwein- und Imbissstände auf der Ostseite des Marktplatzes nur Unternehmen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen berücksichtigt.
Auf der Westseite des Marktplatzes sollen während des Weihnachtsmarktes die halleschen Partnerstädte sowie Unternehmen aus dem europäischen Ausland mit einem sichtbaren thematischen Bezug zu ihrem Herkunftsland besondere Berücksichtigung finden.

Die bisherigen Absätze 4 und 5 werden als neue Absätze 5 und 6 angefügt.

Abstimmungsergebnis:

Bereits im Vorfeld der Sitzung wurde durch den Geschäftsführer der FDP-Stadtratsfraktion, Herrn Thämelt, um die Zurückstellung des Antrages gebeten.

zu 7.3 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Aufhebung der Gebührenerhebung für gemeinnützige Vereine in der Marktgebührensatzung
Vorlage: V/2010/08883

Frau Wolff bittet darum den Antrag zu vertagen, da in der Oktobersitzung des Stadtrates noch einmal durch **Herrn Dr. Wiegand** (Beigeordneter Dezernat für Sicherheit, Gesundheit und Sport) zu diesem Thema Stellung bezogen werden soll.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, die in der Marktgebührensatzung von 2008 festgelegten allgemeinen Gebühren für gemeinnützige Vereine bei Ständen ohne Verkauf (Nr. 8.4 ohne Verkauf) im Verzeichnis der Gebührenerhebung der Stadt Halle (Saale) für die Nutzung der Marktflächen (Anlage1) zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde auf Wunsch von **Frau Wolff** vertagt, da in der Oktobersitzung des Stadtrates wohl gänzlich noch einmal, durch **Herrn Dr. Wiegand**, auf die Marktgebührensatzung eingegangen werden soll.

zu 7.4 **Antrag SPD-Stadtratsfraktion zu einem Handy-Stadtführer in Halle** **Vorlage: V/2010/08790**

Wortmeldung von **Herrn Neumann**:

Die Verwaltung kann mit dem Antrag gut leben.

Es ergibt sich nur ein kleines Problem daraus, nämlich, dass man auf lt. des Antrages auf eine Gesellschaft festgelegt wird.

Das Wort wird an **Herrn Preuk** (Stadtmarketing) übergeben:

Momentan ist das Stadtmarketing mit der Erarbeitung für einen Audiostadtführer betraut.

Dabei werden die Dramaturgie sowie die Inhalte selbst erstellt. Diese Dateien können dann auf verschiedenen Abspielgeräten verwendet werden. So wäre es denkbar, dass diese Abspielgeräte bei der Touristeninformation ausgeliehen werden könnten. Diese wäre eine Lösung.

Eine andere Lösung wäre für Apps, also sogenannte Applikationen möglich. Jedoch hat das Stadtmarketing bei genauerer Betrachtung schon hier bei der Budgetierung des Projektes abgebrochen, da sich die Kosten auf ca. 150.000 – 200.000 Euro belaufen würden und eine Refinanzierung somit kaum möglich wäre. Immerhin müssten für ca. 2.000 Gerätearten diese Programme geschrieben werden.

Momentan wird daher zusammen mit der MZ an einer Projektlösung für das Web gearbeitet. Immerhin sind heutzutage fast alles Handys web-fähig. Eine andere Möglichkeit wäre auch noch das Abspielen der Informationen über die Codes, die von den Tickets der Deutschen Bahn bekannt sind.

In Magdeburg gibt es jedenfalls schon eine Umsetzung für diese Art von Fragestellung.

Anfrage von **Herrn Sieber**:

Was macht denn Magdeburg da konkret?

Antwort von **Herrn Preuk**:

Magdeburg hat einen Anrufbeantworter, bei dem der Anrufer für eine bestimmte Information eine bestimmte Zifferntaste drücken muss. Dabei ist jedoch eine Rückvergütung nicht möglich.

Wortmeldung von **Herrn Heft**:

Da es mit der Rückvergütung offensichtlich schwierig ist, möchte er folgende Frage an die Antragsteller stellen:

In welcher Höhe sollen Einnahme generiert werden und auf welches Konto sollen diese überführt werden? Laut Antrag wird ja definitiv von der Einnahmengenerierung sowie der Refinanzierung der Erstellungskosten gesprochen.

Antwort von **Frau Hintz**:

Auf diese Anfrage weis sie momentan keine Antwort.

Anregung von **Herrn Sieber**:

Vielleicht sollte der Antrag lieber zurückgezogen werden. Dann könnte er nachgebessert werden und man könnte noch einmal konkret auf die Arten der Einnahmengenerierung sowie der Refinanzierung eingehen.

Hinweis von **Frau Wolff**:

Sie bittet ebenfalls darum, noch einmal über die Anregung von **Herrn Sieber** nachzudenken. Denn sie weiß jetzt nicht, wie sie sich bezüglich des Antrages verhalten soll.

Wortmeldung von **Frau Haupt**:

Der Antrag sollte in der Tat eher in den Bereich „Anregungen“ „verschoben“ werden.

Wortmeldung von **Herrn Neumann**:

Es wird sich seitens der Verwaltung noch einmal angeschaut, welche Systeme für die Stadt möglich sind.

Hinweis von **Herrn Sieber**:

Es gibt ja auch drei verschiedene Varianten die nur allein über das Web möglich wären.

Wortmeldungen von **Frau Hintz** und **Frau Haupt**:

Der Antrag wird damit zurückgezogen und als Anregung festgehalten.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wirkt bei der Stadtmarketing Halle GmbH (SMG) darauf hin, im Verlauf des Jahres einen Handy-Stadtführer für das Stadtgebiet einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde durch die SPD-Stadtratsfraktion zurückgezogen. Er soll lediglich nur noch als Anregung festgehalten werden.

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

- keine -

zu 9 Mitteilungen

zu 9.1 Vorstellung des Projektes "Integration durch Arbeit"

Anmerkung von **Herrn Neumann**:

Er bittet den Ausschuss die vorliegende Präsentation heute nur zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Rochau (Verantwortlicher ESF-Projekt) kann dann dazu gern in der nächsten Sitzung Stellung nehmen. Heute ist auf Grund des Projektes dienstlich unterwegs.

Das Projekt kümmert sich jedenfalls um schwervermittelbare Jugendliche, die wieder in Arbeit gebracht werden sollen

Hinweis von **Herrn Heft**:

Dann wäre es günstig, wenn in der nächsten Sitzung die beteiligten ARGEN teilnehmen könnten.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Dieser Vorschlag wird gern aufgegriffen.

zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Sieber stellt noch einmal seine Anfragen aus TOP 5.:

Die erste Frage lautet:

Wie kommt die Differenz zwischen der im Beschluss aufgeführten Summe von 76,1 Mio. Euro und der Summe in der schriftlichen Antwort von 76,8 Mio. Euro zustande?

Zweite Frage:

Sind die in der Antwort angegebenen 24,7 Mio. Euro wirklich korrekt?

Dritte Frage:

Laut Antwort der Verwaltung müsste ein Preis von 13,63 Euro/m² erzielt werden. In welchem Zusammenhang steht diese Angabe?

Die Anfragen können gern auch schriftlich beantwortet werden.

Antworten von **Herrn Neumann**:

Die Differenz zwischen den 76,1 Mio. Euro und 76,8 Mio. Euro wird noch einmal geprüft.

Die angegebenen 24,7 Mio. Euro sind in der Tat korrekt.

Der Preis von 13,63 Euro/m² ist der Mindestgrundstückspreis, der zu vereinnahmen wäre. Davon gehen 75% an das Land, lt. Abführungsverpflichtung.

Wortmeldung von **Frau Wolff**:

Das war damals in der Tat ein guter Deal.

zu 11 Anregungen

- keine -

Für die Richtigkeit:

Datum: 06.08.10

Andreas Scholtyssek
stellv. Ausschussvorsitzender

Eileen Panier
Protokollführerin